

Ulbricht auf einer Beratung in München warnend voraus: „Es gibt Funktionäre der Arbeiterbewegung, die offenkundig nur deshalb vom Sozialismus sprechen, weil sie damit die Arbeiterschaft über die nächsten antifaschistischen Aufgaben hinwegtäuschen wollen.“²⁾ Mit demagogischen Versprechungen und Phrasen über den Sozialismus wurde in der Tat von der Lösung der dringenden Aufgaben abgelenkt und damit die historische Chance vertan, auch in Westdeutschland den antifaschistisch-demokratischen Entwicklungsweg zu gehen. Der westdeutsche Imperialismus konnte seine Macht restaurieren. Der alte verhängnisvolle Kreis. Imperialismus — Militarismus — Reaktion — und Kriegsgefahr nahm wieder seinen Lauf.

Unter der Flagge des Antikommunismus erfolgte — wie schon sooft in der Politik des deutschen Imperialismus — die Unterdrückung des fortschrittlichen Geistes und die Auf-rüstung. Die Parteien des Monopolkapitals, die CDU/CSU bemäntelten diese antinationale Politik mit der „Gefahr aus dem Osten“. Heute fordern dieselben Kräfte Atomwaffen bzw. die Teilnahme an der Entscheidung über ihren Einsatz. Sie behaupten, daß nur so „die Sicherheit der westdeutschen Bevölkerung gewährleistet“ und „das nationale Prestige Westdeutschlands zum Ausdruck“ gebracht werden kann.

In der zu Ehren des 20. Jahrestages unserer Partei erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aber wird unwiderlegbar bewiesen, daß die Sicherheit der deutschen Nation und ihr nationales Prestige immer dann besonders gefährdet waren, wenn der deutsche Imperialismus aufrüstete und bewaffnet wurde. Die Folgen von zwei verheerenden Weltkriegen haben das zur Genüge bewiesen. Daran hat sich auch nach 1945 nichts geändert. Tatsache ist doch, daß die Bedrohung des europäischen Friedens und damit die Bedrohung der Sicherheit der deutschen Nation in dem Maße wuchs und wächst, wie der deutsche Imperialismus wieder bewaffnet wurde und wird. Solange es noch keine westdeutsche Armee gab und dieser Staat noch nicht Mitglied der NATO war, gab es keine akute Bedrohung des Friedens in Europa. Es ist auch eine Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit, wenn die Verteidiger des westdeutschen Monopolkapitals behaupten, daß „die Wahrung des nationalen Prestiges den Besitz von Atomwaffen bzw. die Teilnahme an der Entscheidung über ihren Einsatz erfordern“. Die „Politik der Stärke“ der deutschen Impe-

rialismus hat das Ansehen und den Namen der deutschen Nation in aller Welt geschändet. Auch daran konnte sich und kann sich nichts ändern. Die Tatsachen beweisen: Je stärker die westdeutschen Imperialisten nach Atomwaffen gieren, desto mehr wächst die Isolierung des Westzonenstaates in der Welt. Noch nie, so müssen die Politiker der CDU/CSU selbst eingestehen, war die westdeutsche Außenpolitik so erfolglos wie in der Gegenwart,

Mit einer neokolonialistischen und revanchistischen Außenpolitik, die jedes Verbrechen gegen Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und Menschlichkeit aktiv unterstützt, kann das Prestige des Bonner Staates nicht gehoben werden. Wie einst die absolutistischen Monarchen die Leibeigenen gegen Silber und Gold verschachtelten, so verschachteln die westdeutschen Imperialisten Legionäre zur Unterdrückung des Freiheitskampfes der Völker. So war es in Algerien und im Kongo. So ist es heute im schmutzigen Krieg der USA in Vietnam.

*

Die unheilvolle Entwicklung in Westdeutschland läßt die große Wende noch sichtbarer werden, die mit der Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und der Gründung der SED vor 20 Jahren im Osten Deutschlands eingeleitet wurde.

Während in der DDR der Weg für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Nation durch die Überwindung der Herrschaft des Imperialismus freigelegt wurde, blieb in Westdeutschland die Herrschaft des Monopolkapitals erhalten. Die Restaurierung der Herrschaft der Rüstungsmilliardäre in Westdeutschland ist die Ursache der Spaltung der Nation und von hier geht erneut die Bedrohung des europäischen Friedens aus.

Aus hoher nationaler Verantwortung hat sich das ZK der SED in dem „Offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“ gewandt. Dieses Dokument geht davon aus, daß die Verständigung der Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten über die Grundfragen der Nation und ihre Lösung dringender denn je ist. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren, daß auch die deutschen Imperialisten ihre volksfeindlichen Pläne nicht verwirklichen können, wenn sich die Hauptkraft der Nation, die Arbeiterklasse, zur Abwehr dieser Pläne verständigigt

2) Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band III, S. 21, Dietz Verlag 1953